

BKS aktuell

Informationen aus der kommunalpolitischen Bildung

1/2017

Bildung ■ Kompetenz ■ Service



Familien im Zentrum – Familienfreundliche Kommune –



Deutscher
Familienverband

Fachtag 2016

des Deutschen Familienverbandes
Landesverband Sachsen e.V.
und des Bildungswerkes für
Kommunalpolitik Sachsen e.V.

BKS

Bildungswerk für
Kommunalpolitik
Sachsen e.V.

Anmerkung des Herausgebers:

Die von den Autoren geäußerten Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Die BKS-Veranstaltungen und -Publikationen dienen der Heran- und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung und werden vom Sächsischen Staatsministerium des Innern gefördert.

Impressum:

Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.

Schulstraße 15

02977 Hoyerswerda

Tel.: 03571/40 72 17/18

Fax: 03571/40 72 19

www.bks-sachsen.de

bks@bks-sachsen.de

Lutz Barthel LL. M. (Hrsg.)

Lothar Bienst MdL (Vors.)

Redaktion: Lutz Barthel LL. M.

Ulrich Hübler

© Quellen:

Autoren/Ideen: Regine Scheffer, Dr. Tom Schoper, Prof. Dr. Werner Patzelt,
Prof. Dr. Wolf-Uwe Sponer, Antje Hermenau, Günter Refle,
Lutz Freudenberg, Ulrich Hübler

Satz: PSW Dienstleistungen GmbH

Hoyerswerda

Christina Zimmermann

Fotos: Lutz Barthel LL. M.,

Druck: Druckhaus Scholz GmbH

Redaktionsschluss für Ausgabe: 21.03.2017

SACHSEN



Diese Tagungsdokumentation wird finanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushalts.

Ablauf der Tagung

10.00 Uhr

Begrüßung Tagungsleiter

Grußworte: Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.,
Deutscher Familienverband Landesverband Sachsen e.V.
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

10.30 Uhr

Vortrag

„Zukunft – Verantwortung – Partizipation. Familien im Blickfeld kommunalpolitischen Handelns“

Prof. Dr. Werner Patzelt (TU Dresden, Institut für Politikwissenschaft)

11.30 Uhr

Vorstellung der Workshops

12.00 – 13.00 Uhr

Mittagspause mit Imbiss

13.00 – 14.30 Uhr

Workshops

Kaffeepause

15.00 Uhr

Plenum – Vorstellung der Ergebnisse durch die Workshopleiter mit anschließender Diskussion.

Ausblick:

Welche Handlungsfelder lassen sich aus den Ergebnissen dieses Fachtages für ein mögliches Zertifizierungsprogramm „Familienfreundliche Kommune“ ableiten?

Tagungsleiter:

Ulrich Hübler, Wirtschaftsjournalist, Freie Presse

1. Wohnen

Welche Vorstellungen haben wir für ein zeitgemäßes städtisches Wohnen, das sich doch durch die Gegensätzlichkeit der Ansprüche charakterisiert: Wunsch nach Ruhe vs. Zentralität, Wandel innerhalb von Familien selbst vs. Unwandelbarkeit einer Immobilie, etc. Der Fokus einer Thematisierung des familienfreundlichen Wohnens reicht von der Wohnlage in der Stadt über das Wohnumfeld bis hin zur Gliederung der Wohnungen selbst. Haben wir noch Visionen?

Leitung: Dr. Tom Schoper, Architekt, TU Dresden

2. Verkehr

Familien sind auf sichere Wege und verlässliche Verkehrsanbindungen angewiesen. Wie kommen Kinder zur Schule und Ältere eigenständig zum Arzt oder zu Freunden und Verwandten? Der ÖPNV und seine Taktzeiten bestimmen gerade in den Stadtrandgebieten und im ländlichen Raum die Organisation des familiären Alltags.

Leitung: Prof. Dr. Wolf-Uwe Sponer, Sächsisches Staatsministerium des Innern

3. Verwaltung

Familien haben Fragen, brauchen Informationen und manchmal Beratung. Dies gilt sowohl für junge Leute in der Familiengründungsphase ebenso wie für zugezogene Familien. Auch in besonderen Lebenslagen und mit zunehmendem Alter haben Menschen einen erhöhten Auskunftsbedarf.

Leitung: Antje Hermenau

4. Familienarbeit/Kultur/Freizeit

Familien brauchen Räume – zum Treffen, zu Gesprächen, für Aktivitäten aller Art. Eltern, Kinder, Jugendliche, Ältere brauchen kompetente Ansprechpartner, spielerische Anregungen, möchten an sportlichen oder kulturellen Aktivitäten teilnehmen. Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser, aber auch andere Einrichtungen, leisten dabei wertvolle Arbeit.

Leitung: Günter Refle, Felsenweg-Institut

5. Zusammenleben vor Ort

Familien möchten sich dort, wo sie leben, zu Hause fühlen. Wie können Lebensqualität und Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort gefördert werden? Dabei sind die unterschiedlichen Bedürfnisse der Generationen zu berücksichtigen und nach Wegen zu suchen, wie der Zusammenhalt von Nachbarn in ihrer Unterschiedlichkeit gestärkt werden kann.

Leitung: Lutz Freudenberg, VSP Prohlis

Familien-TÜV für die Kommunalpolitik

Familien tragen Zukunftsverantwortung – sowohl für jedes ihrer Mitglieder in seinen unterschiedlichen Altersstufen und Lebenslagen als auch für deren verantwortungsvolle Einbindung in die Gesellschaft.

Wie aber sieht es mit der Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen von Familien aus, wenn es um die wesentlichen Weichenstellungen für morgen geht? Welche Belange, die für das Wohlergehen und Funktionieren einer möglichst intakten Familie wichtig sind, werden auf allen Ebenen öffentlichen Handelns in Erwägung gezogen und berücksichtigt? Welche – auch finanziellen – Freiräume benötigen Familien, um ihr Leben eigenständig und selbstverantwortlich gestalten zu können?

Ziel dieses Fachtages ist es, das Bewusstsein für die vielfältigen Belange von Familien zu schärfen und kommunale Entscheidungsträger dafür zu sensibilisieren, wie diese Belange stärker in die öffentliche Diskussion über Familienfreundlichkeit eingebracht und in konkretes Handeln umgesetzt werden können. Ein wichtiger Baustein hierzu ist die Verankerung familienrelevanter Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene mit der Fragestellung: Was zeichnet eine familienfreundliche Kommune aus?

Antworten auf die Frage, wie die kommunale Infrastruktur beschaffen sein sollte, um den Bedürfnissen und Interessen von Familien in allen Lebenslagen und Altersstufen gerecht zu werden und somit auch einen attraktiven Standortfaktor darzustellen, sind nach dem Eingangserferat von Prof. Dr. Werner Patzelt in fünf Workshops diskutiert worden.



Warum ein Fachtag?

Kommunen in Sachsen haben ganz unterschiedliche Ausgangsbedingungen. Menschen leben unterschiedliche Vorstellungen von ihrem Lebensmittelpunkt: junge Paare, andere als Singles, Senioren andere als Familien. Der Schwerpunkt des Auftaktseminars am 25. Oktober 2016 im Hygiene-Museum Dresden kann daher nur ein Ausschnitt vieler Sichtweisen sein. Dabei kann die zentrale Frage: Was muss erfüllt sein, damit eine Kommune beste Bedingungen für junge Familien, aber auch für Familien in andern Lebensphasen hat, nur komplex erarbeitet werden. Die erste Fachtagung ihrer Art in Sachsen kann daher noch kein Ergebnis präsentieren, wohl aber viele Denkanstöße liefern. Es sollte von allen Akteuren als Ideensammlung verstanden werden.

Zielstellung:

Familienfreundlichkeit darf keine subjektive Bewertung sein. Es muss Bewertungsmaßstäbe geben, die Aufschluss über die Fragestellung geben: Sind das Dorf, die Stadt für Familien gut oder gar sehr gut geeignet. Eine Art Leitzins, ein Gütesiegel, das auf den ersten Blick Aufschluss über die Aufenthaltsqualität für Familien im Ort gibt, ist das Ziel der Tagungsreihe, die das Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. zusammen mit dem Deutschen Familienverband Landesverband Sachsen e.V. veranstaltet. Die erste Tagung versteht sich als Ideensammlung und Verständigung der Akteure auf diese Arbeitsweise.

Die Dokumentation:

Diese Dokumentation ist eine Handreichung, ein Überblick. Sie fasst den Fachtag in seiner Struktur zusammen und bündelt Ideen, Anregungen und wissenschaftliche Ansätze. Sie gibt somit einen Überblick und soll Arbeitsmaterial für die Weiterbearbeitung des Themas sein.

Herzlichst, die Autoren



Projekt Wohnen

Die Fragestellung:

Welche Vorstellungen haben wir für ein zeitgemäßes städtisches, aber auch ländliches Wohnen, das sich durch die Gegensätzlichkeit der Ansprüche charakterisiert:

Wunsch nach Ruhe vs. Zentralität

Wandel innerhalb von Familien selbst vs. Unwandelbarkeit einer Immobilie

Der Fokus einer Thematisierung des familienfreundlichen Wohnens im Workshop reicht von der Wohnlage in der Stadt über das Wohnumfeld bis hin zur Gliederung der Wohnungen selbst. Haben wir noch Visionen?

Dr. Tom Schoper (Bild unten), Architekt, Lehrstuhl Architektur an der Technischen Universität Dresden, definiert Wohnen, das Zuhause- das Beschütztsein als ein wichtiges Grundbedürfnis von Menschen und vor allem auch von Familien. Das Zuhause ist Geborgenheit und Projektionsraum für Gedanken. Doch wie bauen wir Wohnungen künftig? Wohnraum darf nicht abgrenzen. Verbundlösungen einzelner Wohnsituationen etwa lassen Generationen zusammen leben, zusammen erleben, ohne dass private Bedürfnisse unter die Gemeinschaft gestellt werden müssen. Sein Vorschlag: Begegnungsräume, Räume für den gemeinsamen Film- und Fernsehabend oder das gemeinsame Kochen können Wohnen aus purer Individualität hin zum gemeinsamen Erleben heben. Aber Rückzugsräume müssen bleiben.





Diese Grafik zeigt eine Wohnsituation für Familien mit zentralen Räumen, aber auch individuellen Lebensbereichen



GEMEINSCHAFTSRAUM HAUS A Bild: Walter Mair – Gemeinschaftsraum einer durchmischten Wohnsituation

In diesem Kontext ergeben sich neue Herangehensweisen an das Bauen. Lassen wir Nähe zu, indem wir Zäune entfernen, in Städten große Fenster in den Häusern zur Straßenlage konstruieren, das alles kann ein Ansatz sein. Handlungsbedarf sieht Schoper auch in der Vereinfachung der äußerst komplexen und – nach Meinung vieler Architekten – überregulierten Baugesetzgebung. Für ein Gütesiegel „Familienfreundliche Kommune“ können folgende **Fragestellungen** vorgeschlagen werden:

Wohnraum für Familien:

- Gibt es ein differenziertes familienfreundliches Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzept?
- Gib es in der Kommune
 - ... kommunale Wohnbauförderprogramme für Familien?
 - ... Beteiligung an Bauvorhaben für mehr familiengerechten Wohnraum?
 - ... eine Wohnbaugesellschaft, die diese Vorhaben unterstützt?
 - ... Förderprogramme für diese Ziele?

Durchmischung verschiedener Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen:

- Wird eine altersbezogene und soziale Mischung in Wohnquartieren angestrebt?
- Werden Projekte zum Mehrgenerationenwohnen unterstützt?
- Wird die Kommune bei Leerständen aktiv?



Workshop Wohnen: Dr. Tom Schoper, Louisa Schöneich, Patrick Hesse (von links)

Beteiligung und Vernetzung:

- Werden Bürger und Familien frühzeitig bei der Planung neuer Einrichtungen/Baugebiete beteiligt?
- Gibt es eine Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Bauträger, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten koordiniert?

Angebote:

Bietet die Kommune

- ... vergünstigte Bauplätze für Familien oder Vergünstigungen beim Eigenheimerwerb nach öffentlich definierten Kriterien?
- ... Baugrundstücke in Erbpacht?
- ... eigene günstige Mietwohnungen?
- ... Möglichkeiten zum Mehrgenerationenwohnen?

Informiert die Kommune über

- ... Angebote zu günstigem Wohnraum für Familien?
- ... Angebote zum familienfreundlichen Wohnumfeld?
- ... die regionale Nahversorgung?
- ... Fahrdienste und Transportmöglichkeiten



Projekt Verkehr

Die Fragestellung:

Familien sind auf sichere Wege und verlässliche Verkehrsanbindungen angewiesen. Wie kommen Kinder sicher zur Schule und Ältere eigenständig zum Arzt oder zu Freunden und Verwandten?

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und seine Taktzeiten bestimmen gerade in den Stadtrandgebieten und im ländlichen Raum die Organisation des familiären Alltags.

Prof. Dr. Wolf-Uwe Sponer (Bild unten), Sächsisches Staatsministerium des Innern diskutiert in seinem Workshop Möglichkeiten, Ziele und Anforderungen an einen ÖPNV dessen Hauptkriterien:

- **Sicherheit**
- **Bezahlbarkeit**
- **Erreichbarkeit**

und **Zuverlässigkeit** sein müssen. Der ÖPNV selbst hat seine Geschichte. Im 27. Jahr nach der Wende hat er seine Wurzeln im sogenannten Berufsverkehr der DDR. Es war ein dichtmaschiges Netz, was durch vergleichsweise wenige Pkw auf den Straßen, konkurrenzlos und nötig war. Nach der Wende musste dieses System an die Anforderungen der Marktwirtschaft angepasst werden. Preise stiegen, Linien, Strecken und Anbindungen, die als nicht mehr rentierlich galten, fielen weg. Der Individualverkehr mit dem eigenen Pkw wuchs geometrisch an.



Für eine familienfreundliche Kommune soll und muss diese Entwicklung zum Teil aufgefangen und relativiert werden.

Nicht jede Struktur ist gleich, aber gibt es Angebote (Privatbus, Einkaufsfahrten, Schülerzubringer), die sich privatwirtschaftlich ergänzend zu den Achsen des ÖPNV bezahlbar und verlässlich organisieren lassen? Diese Aufgaben rücken in den Fokus, wenn es darum geht, ein Dorf nach seiner Familientauglichkeit zu bewerten.

Die jetzige Struktur, so das Ergebnis der Diskussion im Workshop, ist dafür nicht ausgereift. Eine familienfreundliche Tarifierung, eben für Einkaufs- und Arztfahrten ist wichtig. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen hat dazu im November 2016 auf einer BKS-Veranstaltung neue Formen vorgestellt: den Rufbus, der Bürgerbus aber auch das Carsharing. Oder auch den Lückenschluss durch kleinere Bus- und Taxiunternehmen, die ständig Schleifen fahren und so zeitnahe und kurzwegige Zubringer zu den ÖPNV-Achsen sind, bilden Alternativen. Dies ist umso nötiger, da es vor allem auf dem Lande einen zunehmenden Rückbau der Infrastruktur gibt.

Beispiel:

Eine Idee aus dem Chemnitzer Raum ist da schon Wirklichkeit: Zwei kleinere Stadtteile von Chemnitz (Grüna und Mittelbach) liegen unmittelbar nebeneinander. Mittelbach ist ein ländlicher Raum ohne nennenswerte Nahversorgungsmöglichkeit. Grüna hingegen hat eine komfortable Infrastruktur. Ein Discounter dort zahlt den Bus, der die kurze Strecke (5 bis 8 km) mehrmals in der Woche fährt. Auch Kommunen selbst sollten auf diesem Gebiet zusammenarbeiten. So lassen sich Kosten teilen und Synergien entwickeln.



Für ein Gütesiegel „Familienfreundliche Kommune“ können insbesondere folgende **Fragestellungen** vorgeschlagen werden:

Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf:

- sind vor Ort Nahversorgungseinrichtungen (auch ohne Auto und für ältere Menschen) in angemessener Zeit zu erreichen?
Dazu zählen: Einkäufe für den täglichen Bedarf, Ärzte, Apotheke, Post, Sparkasse

Verkehrssicherheit:

- Werden verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraße etc. gezielt in Wohngebieten und im Umfeld von Bildungsstätten angelegt?
- Gibt es Initiativen zur Bildung von Wegegruppen?
- Gibt es Schülerlotsen?

Verkehrsanbindungen:

- Gibt es in der Kommune:
... eine gute Anbindung der Stadtteile und Ortschaften durch den ÖPNV?
... ergänzende Angebote (Sammeltaxi, Rufbus, E-Bikes, Bürgerbus
Anmerkung: i.d.R. ebenfalls ehrenamtlicher Fahrdienst mit öffentlich gestellten Fahrzeugen)?
... ehrenamtliche Fahrdienste?

Barrierefreie Verkehrswege, familienfreundlicher Verkehrsraum:

- Sind in der Kommune:
... die Zugänge zu den öffentlichen Einrichtungen barrierefrei?
... die Bordsteinkanten abgesenkt?

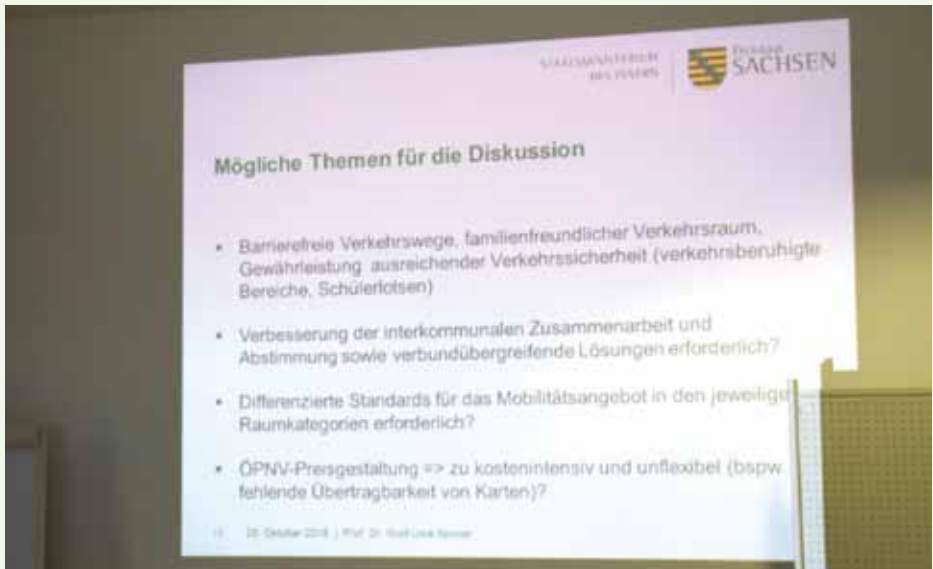


Schaubild einer Präsentation im Workshop Verkehr

- ... Kinderwagensteighilfen an den Treppen?
- ... für öffentliche Einrichtungen Familienparkplätze ausgewiesen?
- ... die öffentlichen Einrichtungen ausreichend mit Abstellplätzen für Fahrräder ausgestattet?

- Gibt es in den Dörfern und Städten, vielleicht auch in größeren Verbänden, Beauftragte für den ÖPNV?

Familienfreundliche Zugänge:

- Gibt es an/in den kommunalen Einrichtungen und Gebäuden...
 - ... Familienparkplätze?
 - ... öffentlich zugängliche Toiletten?
 - ... Still- und Wickelmöglichkeiten?
 - ... Spielbereiche für Kinder?



Projekt Verwaltung

Die Fragestellung:

Familien haben Fragen, brauchen Informationen und manchmal Beratung. Dies gilt sowohl für junge Leute in der Familiengründungsphase ebenso wie zugezogene Familien. Auch in besonderen Lebenslagen und mit zunehmendem Alter haben Menschen einen erhöhten Auskunftsbedarf.

Antje Hermenau (Bild unten), ehem. Politikerin MdB, MdL, Publizistin, Politikberaterin, diskutiert in ihrem Workshop Anforderungen an eine familienfreundliche Verwaltung.

„Kommunen müssen jetzt handeln“, so ihre These.

Die Zeit des Verwaltens sei vorbei, Aktion müsse an die Stelle des Zögerns und Abwartens treten. Jene Kommunen, oder auch Verwaltungsverbände, die das Heft des Handelns jetzt in die Hand nehmen, werden im Wettbewerb um junge Familien die Nase vorn haben.

Der Nachbau West von oben nach unten ist vorbei und trifft im Osten auf seine verwaltungstechnischen Grenzen. Ein Aufbau Ost von unten nach oben ist dringend nötig, sollte durch die Landesebene flankiert werden und zu einer Umstrukturierung in der Verwaltung führen. 2017 – 2025 werden die Schlüsseljahre dafür sein. Es braucht dafür das Zusammenspiel der Akteure vor Ort: Kirchen, Vereine, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger im Ehrenamt. Das bekommt die Verwaltung nur, wenn sie aufgeschlossen für neue Wege ist und die Kreativität vor Ort damit überhaupt erst ermöglicht.



Die konkretisierte Aufgabenstellung für den Workshop war „Familienfreundlichkeit als kommunale Querschnittsaufgabe“. Es waren Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus dem Familienverband, vom Städte- und Gemeindetag, aus den Stadtverwaltungen von Heidenau, Schneeberg, Chemnitz, Riesa sowie dem Landratsamt Görlitz, aus dem Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit und ein Abgeordneter aus dem Sächsischen Landtag anwesend. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden stammten aus der Kommunal- oder Regionalverwaltung und sind daher wesentlich beruflich mit der konkretisierten Aufgabenstellung befasst, gehören also sowohl zu den Routiniers des Themas als auch zu den Adressaten der gemeinsamen Erarbeitung neuer Einsichten im Laufe des Workshops.

Folgende Arbeitsthesen und Fragestellungen wurden der Diskussion zugrunde gelegt:

1. Die existierenden Verantwortlichkeiten reichen nicht aus, es müssen neue geschaffen werden.
2. Die Kommunen sind sehr unterschiedlich weit fortgeschritten in der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Familienfreundlichkeit, im Aufbau eines regionalen Netzwerkes und eines vielfältigen und zielgruppenorientierten Kommunikationssystems.
3. Die Kommunen sind sehr unterschiedlich weit vorangekommen, die vorhandenen erhobenen Daten zur demografischen Entwicklung auszuwerten, die eigenen kommunalen Zukunftsperspektiven zu klären und die nötigen Voraussetzungen für die Umsetzung der neuen Planungen zu schaffen.
4. Es ist nicht (nur) eine Frage der mangelnden kommunalen Entscheidungsfreiheit im Rahmen des Mehrebenensystems, sondern auch der politischen Entscheidungsunfähigkeit vor Ort, wenn erhebliche Verzögerungen in der Umsetzung dieser Aufgabe auftreten.



Ziel

Das Ziel der Befassung soll sein, bestehende Konzepte zur Ansiedlung von Familien und jungen Menschen zu prüfen, gegebenenfalls zu überarbeiten oder überhaupt erst zu schreiben sowie einen Überblick über das gesamte Spektrum der Familienberatung und ihrer Leistungsfähigkeit in den Kommunen aus der Sicht der Verwaltung zu bekommen. Die Diskussion hat gezeigt, dass das **Leitbild einer entgegenkommenden Verwaltung** am Erfolg versprechendsten aus der Sicht der Teilnehmer ist und das Ziel der Entwicklung sein sollte. Als zumeist freiwillige Leistung muss für den Einsatz von öffentlichen Mitteln im Bereich Familienarbeit oft hart gekämpft werden. Viel zu oft findet diese Arbeit dann außerhalb der Verwaltung statt, weil sonst nicht die richtige Bürgernähe aufkommt. Will man eine bürgernahe Verwaltung haben, dann muss sie sich dem Bürger gegenüber entgegenkommend verhalten. Eine stabile und vertrauensvolle Beratung, die vor Ort geleistet werden kann, ist das wesentliche Ziel aus der Sicht der Verwaltung.

Teilaspekte

• Verantwortung

Immer wieder tauchte die Frage auf, wer denn nun eigentlich die Verantwortung für Familienpolitik trüge? Die Verwaltung hat ihre Vorgaben und ihre Rahmenbedingungen, die sie auch einschränken und ihnen nicht nur nützliche Vorgaben machen. Die Zuständigkeiten für bestimmte Lebenslagen ist im Mehrebenensystem sehr unterschiedlich verteilt. Die Entscheidungen im Stadtrat hängen massiv von den Amts- und Mandatsträgern ab und bewegen sich in diesem Themenfeld oft bei den freiwilligen kommunalen Aufgaben. Das setzt sie in der Prioritätenliste oft nach hinten, zumal aktuell das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung insbesondere in den Landkreisen als auch die in diesem Ausmaß neue Aufgabe der Asyl- und Flüchtlingsverwaltung oft andere Prioritäten aktuell diktieren. Vor Ort sind unterschiedliche Zuständigkeiten in der Familienpolitik innerhalb des Mehrebenensystems mehr als verwirrend und dem Bürger eigentlich nicht wirkungsvoll vermittelbar. Die Potentiale der Eigenverantwortung sind noch nicht erschöpft, hier kann mehr „angestiftet“ und per Beispiel angereizt werden. Es gibt durchaus Vereine, die vor Ort als Akteure auftreten, aber da ist noch Spielraum. Die Kommunalverwaltung kann man jedenfalls mit diesen Aufgaben nicht allein lassen. Vernetzung mit weiteren potentiellen Akteuren vor Ort ist unerlässlich.

• Vernetzung

Kommunen können Projekte aufsetzen. Sie können auch mehr innerhalb der Landkreise kooperieren. Die interkommunale Zusammenarbeit scheint in der Tat die einzige vernünftige Chance zu sein, um zu einer gemeinsamen regionalen Prioritätensetzung zu kommen. Entsteht hier ein erkennbarer Plan, finden sich auch zunehmend Akteure vor Ort, die mit „einsteigen“, um die Ziele mit der Kommunalverwaltung gemeinsam weiter zu verfolgen. Dafür kommen nicht nur Vereine in Frage, sondern auch ansässige Unternehmen, die Kirchen, Kulturträger und andere Institutionen. Entscheidend ist, dass die Kommune konkret auf potentielle Partner zugeht und sie aktiv einbindet. Das kann eher gelingen, wenn es Klarheit darüber gibt, welche Ziele man wie erreichen will. Die Planungsleistung muss wie der Aufbau des Netzwerkes von der Kommune als Vorleistung kommen.

• Kommunikation

Planen die Kommunen mehr Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, stellt sich sofort die Frage nach der geeigneten Form der Kommunikation. Will man junge Eltern besser befähigen, muss man sich

fragen, wie man die Familien, die oft genug in der Rushhour ihres Lebens sind, auf geeignete Weise erreichen kann. Bürgerbüros, die sich zu ausgewiesenen Familienbüros entwickeln, können ein Weg sein. Familienlotsen an Kitas und Schulen können hilfreich sein. Deutlich mehr Kommunikation auf einfachen, elektronischen Wege für jüngere Leute zeigt auf, dass es mehrere Kommunikationsformen je nach Lebensalter und Kommunikationsverhalten braucht. Das erfordert eine Optimierung der Kooperation mit den/ der örtlichen Medien.

Die Gefahr, die eine Vielzahl von Möglichkeiten der Information mit sich bringt, ist ein Überangebot an Informationen, das in Unübersichtlichkeit mündet. Deshalb ist es auch erforderlich, dass man neben der Vereinfachung der Maßnahmenbündel auch einen Weg findet, auf dem junge Familien z.B. mehr unter – und miteinander kommunizieren.

Der Abbau von familiären Informationsdefiziten bedeutet in der Konsequenz, nicht vom Output her (und damit der nachweisbaren Pflichterfüllung her) zu denken, sondern sich auf die tatsächlich erzielten Ergebnisse und das tatsächliche Erreichen des zu Informierenden in der Auswertung der eigenen Verwaltungseffizienz zu orientieren. Dafür ist eine Ausdifferenzierung der Kommunikationswege unerlässlich. Das ist der Schritt von der Orientierungswebsite hin zur Lebenslagenwebsite im elektronischen Auftritt der Kommune – verbraucherorientiert. Das bedeutet z.B., dass Familien mit schulpflichtigen Kindern alles, wirklich alles, was zu ihrer Lebenslage gehört, leicht und zusammenhängend finden, unabhängig davon, wer laut Rechtssetzung in Deutschland konkret dafür zuständig ist.

Beispiel Lemgo:

Reinhold Harnisch, Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/ Lippe, in Lemgo dazu in einem Vortrag ¹

„Wir müssen uns vor allem darauf einstellen, dass Familien zukünftig immer weniger Zeit haben und deshalb viele Dinge von zu Hause und unterwegs erledigen möchten. Dabei können die kommunalen IT-Dienstleister unterstützen, indem sie den Verwaltungen innovative Services zur Verfügung stellen“, unterstreicht Harnisch. Über den Stand der Digitalisierung in den Kommunen berichtete er in Düsseldorf, dass im ländlichen Raum längst nicht überall eine entsprechende Infrastruktur für schnelles Internet vorherrscht. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf den Wirtschaftsstandort aus, denn dort wo Firmen nicht beste technische Voraussetzungen haben, können diese schnell abwandern. Die Folge: Arbeitsplätze gehen verloren, Menschen ziehen weg, die Kaufkraft sinkt, Geschäfte und Freizeitmöglichkeiten werden weniger. Insbesondere im ländlichen Raum ist die Infrastruktur momentan nicht so gut, wie in den Ballungsgebieten. ***Dabei bietet insbesondere der ländliche Raum beste Voraussetzungen für Familien.***

So sind in vier Städten und Gemeinden bereits Bürgerserviceportale bereitgestellt worden. Daran sollte angeknüpft werden, sodass eine Kombination der Portale mit Angeboten von Kommunen, Schulen, Kitas, Vereinen, Unternehmen – also allen Anbietern mit familienbezogenen Angeboten und Leistungen – entsteht. Der Vorteil des Digitalen liegt dabei auf der Hand: Mobilität, Flexibilität und Zugriff auf verteilte Daten – von Informationen bis hin zu Angeboten.“

¹ www.krz.de

Beispiel Herford:

Herford (HK). »Lebenslagen-Orientierung« heißt das Schlüsselwort, welches den neuen Internet-Auftritt der Stadt Herford charakterisieren soll. Themenfelder wie »Familie/Soziales« oder »Tourismus/Kultur« sind mit einem Bild auf der Startseite sofort zu erkennen. Ein Klick, und die Unterpunkte erscheinen. So landet der Nutzer bei Themen wie Lebenspartnerschaft oder Gesundheit.

Für Bürgermeister Tim Kähler bildet der neue Auftritt einen wichtigen Zwischenschritt im Rahmen von »Herford 2020«. Weg von der Stadtinformationsseite zur Orientierung nach Bürgeranliegen: Ein Beispiel hierfür liefert der Bereich »Gesundheit«. Obwohl Klinikum und Mathilden-Hospital nicht zu den Belangen der Stadt zählen, finden sich auf der Seite Informationen zu dem Einrichtungen.

Fünf Jahre hatte der alte Internet-Auftritt der Stadt Bestand. Ein halbes Jahr hat ein dreiköpfiges Team an der neuen Seite gearbeitet. Dabei sei es auch darum gegangen, die Inhalte zu entschlacken, sagt Susanne Körner, Pressesprecherin der Stadt Herford. Die neue Homepage sei bunt, voller Fotos und Grafiken, erläutern Sylke Haltermann und Claudia Jonas, die die Seite mitentwickelt haben. Aber die Bilder sind kein Selbstzweck, sie erleichtern die Orientierung. Wer zum Beispiel auf »Familie/Soziales« klickt, landet nach zwei weiteren Klicks bei der Kinderbetreuung. Irgendwann soll auch die Anmeldung für Kita-Plätze übers Internet möglich sein, aber das ist noch Zukunftsmusik. Immerhin enthält die aktuelle Seite einen Abfallkalender, was dem Bürgermeister besonders am Herzen liegt.

Und wer auf der Seite nicht fündig wird, eine Frage oder ein Anliegen hat, kommt in dem Feld »Meine Stadt« weiter. Dort erscheint der Punkt »Bürgeranliegen«. Das dort Verfasste werde an das Büro des Bürgermeisters geleitet, so Tim Kähler. Möglichen Beschwerden will man sofort nachgehen, auch für Anregungen sind die Macher des Internet-Auftritts dankbar. Zudem geben sie die Möglichkeit, der neuen Seite wie in der Schule eine Note zu geben. »Jetzt bewerten!« ist rechts oben auf der Startseite zu lesen.²

Veränderungsradiikalität und stetig steigender Veränderungsdruck treiben den Markt. In den Kommunen treffen sie auf Aufgabenvielfalt in Verbindung mit sinkenden Personalzahlen. Dies verdeutlicht eindringlich, dass es auch in der IT nicht mehr ohne Kooperationen geht.

2005 folgte auf Bundesebene die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister VITAKO e.V., der heute 57 IT-Dienstleister aus 14 Bundesländern angehören. Insgesamt betreuen die VITAKO-Mitgliedsunternehmen rund 500.000 IT-Arbeitsplätze in mehr als 10.000 Kommunen. Im Verband wird der ständige gegenseitige Austausch von Erfahrungen, Kompetenzen und Strategien gepflegt. VITAKO bündelt damit das gesamte Know-how der kommunalen IT-Dienstleister. Die Teilnehmer des Workshops empfehlen eine enge Kooperation auf dieser Basis nachdrücklich.

• Handlungsfähigkeit

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen hängt von mehreren Faktoren ab. Übersichtlichkeit, die das Gefühl, eine Gemeinschaft zu sein, ermöglicht, spielt eine große Rolle. Die Frage, wie groß eine Verwaltungsstruktur sein darf, um dieses Gemeinschaftsgefühl noch zuzulassen, ist wesentlich. Mehrere Bürgerbüros anteilig zu bewirtschaften ist sinnvoller, als eins voll zu betreiben, wenn dafür die Wege zu lang werden und die Unübersichtlichkeit beginnt. Familien- und Lebenslagenberatung ist sehr sensibel. Vertrautheit im Umgang miteinander und

² www.herford.de 2

Übersichtlichkeit der Verwaltungsstruktur hängen hier eng miteinander zusammen. Trotzdem gibt es eine große Scheu, in mehrgliedrigen Gemeinden eine offene Debatte zur notwendigen Ausdünnung von (Infra-)Strukturen und Siedlungsteilen zu führen. Es ist aber an der Zeit, vor Ort Klarheit für die nächsten 15 bis 20 Jahre zu schaffen.

Man kann Prioritäten nur entwickeln, indem man Ansiedlung und Absiedlung gegenüber stellt und bewertet, ob man etwas tun kann (Eingriffsmöglichkeiten), was man tun kann (Ansiedlungsplan) und ob man es tun will (Geld, Aufwand). Eine nachhaltige Kommunalpolitik erfordert inzwischen mehr Klarheit darüber, welche Umbrüche die nächste Zeit mit sich bringen wird. Handlungsspielräume gibt es noch, aber sie schwinden zusehends: die Finanzen werden immer knapper. Sie sind jetzt schon knapp, aber noch kann man meist bei intelligenter Planung klarkommen. Trotzdem muss man inzwischen sehr aufmerksam die möglichen Sollbruchstellen beobachten. Die Verwaltung muss vom klassischen Verwalten zum Koordinieren übergehen. Das ist der entscheidende nächste Schritt, denn anwachsen kann sie nicht wieder. Sie muss andere Akteure vor Ort einbinden und deren Arbeit und Initiative koordinieren. Ehrenamt und Eigeninitiative weiter anzureizen und weiter zu entwickeln, wird zum täglichen Brot in der Kommunalpolitik. Die Verwaltung hat die schwierige Aufgabe, die geeigneten Köpfe zu finden, die Initiativen anstoßen. Findet sie sie, muss sie sie eine Weile unterstützen, um die Initiativen tragfähig auszubauen. Die Regelungswut im Bereich Ehrenamt ist ein echter Hemmschuh und muss eingedämmt werden. Die Handlungsfähigkeit wird eingeschränkt durch die Tatsache, dass viele Maßnahmen für die familienpolitischen Aufgaben im Bereich der Freiwilligen Aufgaben liegen. Das erschwert die Priorisierung innerhalb der Kommunalpolitik. Zwischen 2015 und 2030 stehen die Kommunen vor der nächsten Schulschließungswelle. Das wird sie beanspruchen. Bis dahin müssen die Bedingungen für junge Alte, die ab 2020 mehr Zeit haben werden und initiativ werden können, so geschaffen sein, dass die Kommunen deren Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe automatisch und ohne viel Aufwand koordinieren können. Die nötige Arbeit zu flächendeckenden Motivierung ist von jetzt ab zu leisten.



• Umsetzung

Eine entgegkommende, manchmal sogar aufsuchende Lebensberatung vor Ort in allen Lebenslagen ist das vielversprechende Modell der Zukunft. Dann sind auch die Menschen in der Lage, sich zu motivieren, mehr für sich selbst und die anderen in der Gemeinschaft zu tun. Dazu gehört auch das Quartiersmanagement. Auch ein mobiles Familienbüro ist denkbar, selbst im Ehrenamt. Dafür ist es erforderlich, den sehr komplizierten Instrumentenkasten zur Förderung auf wenige Instrumente zusammenzufassen und mehr mit Pauschalen zu arbeiten. Die Kommunen brauchen unbedingt Handlungsfreiheit. Dazu gehören auch eine Verkürzung der Antragsfristen und ein Fördermittelantrag, der langfristig angelegt ist, um in Ruhe etwas aufbauen zu können. Kurzfristigkeit in der Förderung ist nicht hilfreich, sondern zerstört Aufgebautes ebenso schnell wieder. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten für die unterschiedlichen Lebensphasen eines Menschen verwirren nur.

Der Ausbau der Barrierefreiheit ist weit gediehen und bleibt wichtige Voraussetzung der Teilhabe der Bürger am öffentlichen Leben. Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen läuft im Allgemeinen auch gut und die Menschen zwischen 50 und 75 kommen recht gut zurecht. Auch die zunehmend flächendeckende Palliativversorgung wird gut angenommen und ist akzeptiert. Der Ausbaugrad passt zur Nachfrage. Die Datenanalyse in der Kommune hingegen läuft offenbar sehr schlecht, die Daten sind erhoben, aber keiner liest und interpretiert sie. Deshalb mangelt es an Entscheidungsfähigkeit. Das läuft richtig schlecht! Die Teilnehmer schlugen daher vor, auf kommunaler Ebene das Familienwahlrecht einzuführen. Diese Bitte kam aus der Verwaltung, die anfängt, die Daten zu interpretieren und eine breite Debatte auch mit dem Bürgermeister und den Stadtverordneten wünscht. Düster sind die Perspektiven für Menschen über 75 Jahre. Die Kommunen fühlen sich überfordert und hoffen auf große Unterstützung der Landesebene bei der Bewältigung dieses Problems.

Als gutes Beispiel für die Umsetzung wurde auf das Konzept der familienfreundlichen Kommune Görlitz verwiesen. Hier gibt es ein Familienbüro. Das Familienbüro ist eine zentrale Maßnahme der Zielvereinbarung zum Audit „Familiengerechte Kommune“. Es soll als Anlaufstelle



die vorhandenen Angebote in Görlitz bündeln, für alle Fragen die Familien betreffen erste Informationen bereit halten und den richtigen Ansprechpartner kennen und ein stadtweites Netzwerk zum Thema Familie weiterbauen – damit Görlitz noch lebenswerter und attraktiver für Familien wird! Der Verein Görlitz für Familie e.V. ist Träger des Familienbüros. Das Projekt wird durch die Stadt Görlitz gefördert.³

Fazit:

- Die Analyse der kommunalen Daten muss eingefordert werden. Die Daten sind da, aber die notwendigen Entscheidungen kommen nicht! Kommunale Prioritätensetzung ist offenbar sehr unterentwickelt. Hat die Kommune ausreichend Gestaltungs- und Ermessensspielräume oder sucht sie sie gar nicht erst, sondern hebt gleich auf die (vielleicht nur scheinbar mangelhafte) Finanzausstattung ab?
- Zwischenmenschliche Beziehungen werden vor Ort wieder wichtiger als Geld. Die Höhe des Zuschusses tritt hinter die menschliche Zuwendung und die individuelle Beratung zurück. Das gilt für alle Altersstufen. Kommunen befinden sich am Ende der Nahrungskette in der Verwaltungsstruktur, haben aber über die Subsidiarität vielfältige Aufgaben. Deshalb wird es auch immer Auskömmlichkeitsdiskussionen bei den Kommunal финанzen geben. Aber diese können nur ehrlich geführt werden, wenn die Datenanalyse, die Planung und die Kommunikation der Planung umgesetzt werden. Das muss man beschleunigen.
- Die demografische Entwicklung vor Ort ist die Sollbruchstelle für die Verwaltung. Eine grundsätzliche Entscheidung steht an: den gravierenden Umbruch auszusitzen, verschlechtert die Chancen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik. Die Scheu vor der Debatte der Schrumpfung ist sehr groß. Keiner will es und die Konsequenzen aussprechen. Die Leute über 50 wollen nichts ändern. Die Jüngeren brauchen eine Änderung. Die Umbruchsituation kulminiert 2020 – 2025.
- Es ist reine Statistik, sich ein Bild von der Anzahl, der Größe, der Zusammensetzung, der Altersstruktur und der Bleibechancen der Familien zu machen – eine unproblematische Erhebung.
- Diese Daten müssen in einen Zusammenhang mit den Beschäftigungsprofilen und Einkommensstrukturen vor Ort gebracht werden: Welche Unternehmen sind im Ort ansässig? Wie gestaltet sich die Pendlerstruktur? Wie hoch sind die Lebenshaltungskosten vor Ort?
- Das Zeitfenster für diese Analysen und Diagnosen ist jetzt. Es schließt sich ca. 2020. Bis dahin muss die Kommunalverwaltung nicht nur die Tendenzen kennen, sondern auch einen Plan über Ansiedlung und Absiedlung in ihrem Aufgabenbereich entwickelt haben. Die Verwaltung ist vor Ort nicht allein – darf es gar nicht sein! Land und Landkreis müssen Dienstleister für die Kommune und alle Akteure vor Ort sein.
- Die Entscheidungsunfähigkeit hat nichts mit eventuellen Zwängen von oben oder von außen zu tun. Sie kann aber offensichtlich in vielen Fällen nur durch einen entsprechend starken Impuls von außen überwunden werden. Dieser Impuls kann es zum Beispiel sein, von jeder Kommune ein Konzept zur Familienfreundlichkeit einzufordern.

Für ein Gütesiegel „Familienfreundliche Kommune“ können folgende **Fragestellungen** vorgeschlagen werden:

Familienfreundlichkeit als kommunale Aufgabe:

- Ist Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in der Kommune verankert?
- Gibt es Maßnahmen, um Familienfreundlichkeit als Standortfaktor weiterzuentwickeln?

Steuerung der Familienfreundlichkeit:

- Gibt es in der Kommune ein übergeordnetes Gremium zur Entwicklung und Steuerung der Familienfreundlichkeit (zum Beispiel Lokales Bündnis für Familie, Runder Tisch)
 - ... koordiniert durch eine nicht kommunale Organisation?
 - ... gesteuert durch Kommune?

Zentrale Anlaufstelle für Familien:

- Gibt es in der Kommune eine zentrale Anlaufstelle, bei der sich Familien informieren können und selbstorganisierte Aktivitäten unterstützt werden?
- Gibt es Sprechzeiten der Kommune (zum Beispiel einmal am Abend für zwei Stunden)?
- Gibt es ein betreutes Spielangebot (einmal pro Woche bis 18.00 Uhr auch an Samstagen)
- Gibt es spezielle Sprechzeiten beim Bürgermeister für Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung?

Bürgerschaftliches Engagement:

Gibt es in der Kommune

- ... eine Anlaufstelle, die bürgerschaftliches Engagement fördert, berät oder vermittelt?
- ... eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements, zum Beispiel durch kostenloses stellen von Räumen, Infrastruktur etc.?
- ... eine Börse zur Vermittlung von Angebot und Nachfrage im Bereich bürgerschaftliches Engagement?

Informationen für Familien:

- Informiert die Kommune über Dienste und Angebote für Familien in Form
 - ... eines barrierefreien Internetangebotes?
 - ... schriftlicher Informationen (Broschüren, Flyer, Gemeindeblatt)?
 - ... eines Veranstaltungskalenders zu Themen wie Familie, Bildung, Generationen, Nahversorgung?

Wertschätzung für Familien:

- Gibt es in der Kommune eine Kultur der Wertschätzung für Familien vermittelt durch
 - ... eine offizielle Gratulation bzw. einen Besuch bei der Geburt eines Kindes und ein Informationspaket?
 - ... spezielle Feste für Familien und Kinder ggf. jeweils mit gemeinsamen gesellschaftlichen Organisationen?

Familienermäßigungen:

- Gibt es Ermäßigungen für Familien
 - ... bei kommunalen Einrichtungen (Bücherei, Schwimmbad, Müllabfuhr, Windelrabatt, Energieversorgung etc.?)
 - ... in Form eines Kinder-/Familienpasses?
 - ... im öffentlichen Nahverkehr?
 - ... bei Kinderbetreuungszeiten?

³ www.familienbuero-goerlitz.de

Projekt Familienarbeit/Kultur/Freizeit

Die Fragestellung:

Familien brauchen Räume – zum Treffen, zu Gesprächen, für Aktivitäten aller Art. Eltern, Kinder, Jugendliche, Ältere brauchen kompetente Ansprechpartner, aber auch spielerische Anregungen. Und sie möchten an sportlichen oder kulturellen Aktivitäten teilnehmen. Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser, aber auch viele andere Einrichtungen leisten dabei eine wertvolle Arbeit.

Günter Refle (Bild unten), Felsenweg-Institut Dresden der Karl-Kübel-Stiftung, hat in seinem Workshop mit den Tagungsteilnehmern „umfassend diskutiert, so dass wir einen Teil aller Aspekte der Aufgabenstellung dokumentieren konnten“, sagt er. Das Ergebnis der Arbeit des Workshops hat Günter Refle jetzt in einer Fotodokumentation vorgestellt.

Agenda des Felsenweg-Institutes:

Es setzt sich für die bestmögliche Entwicklung und Bildung der Heranwachsenden ein. **Der zentrale Lebens- und Lernort für kleine Kinder ist die Familie.** Wie dieser Ort gestaltet wird, ist von entscheidender Bedeutung für die kindliche Persönlichkeitsentwicklung, für spätere Bildungschancen und für eine tragende, positive Lebenseinstellung.

Ziele: Kindertagesstätten sind Eltern-Kind-Zentren

Eltern und Familien stehen damit vor einer gleichermaßen erfüllenden wie herausfordernden Aufgabe, bei der sie Unterstützung und Begleitung durch kompetente Institutionen benötigen. Mit seiner vielschichtigen präventiven Arbeit möchte das Institut die Erziehungs-, Beziehungs- und Bildungskompetenz von Eltern stärken und damit Familienorte schaffen, an denen Kinder sich gut und glücklich entwickeln können.



Für ein Gütesiegel „Familienfreundliche Kommune“ können folgende **Fragestellungen** vorgeschlagen werden:

Leitziel Familienförderung:

Ist das Leitziel „Familienförderung“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund

... eines Auftrages des (Ober-)Bürgermeisters/-in?

... eines Gemeinderatsbeschlusses?

... einer familienbewussten Orientierung innerhalb eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?

Unterstützung von Initiativen:

Werden Initiativen, zum Beispiel Bündnis für Familie, Eltern- und Selbsthilfegruppen, Elternbildungsaktivitäten etc, die vor Ort wirken, gefördert durch

... eine finanzielle Unterstützung?

... die Bereitstellung von Räumen?

... Sachmittel oder logistische Hilfen?

... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?

Teilhabe von Familien mit behinderten Angehörigen:

– Sind die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen bedarfsgerecht berücksichtigt (Behindertentoiletten, Verkehrswege, Gebärdendolmetscher)?

Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit:

– Werden Familien regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Förderung und Unterstützung der Familie“ beteiligt?

– Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die die Aktivitäten koordiniert?

– Werden diese Maßnahmen regelmäßig überprüft und weiterentwickelt?



Informationen für Familien:

Gibt es zu allen Diensten und Angeboten für Familien

... barrierefreie Internet-Angebote (etwa zielgruppenspezifische Apps)?

... schriftliche Informationen (etwa Familienwegweiser)?

... einen Veranstaltungskalender zu Themen wie Erziehung, Partnerschaft, Bildung etc.?

Begegnungsmöglichkeiten für Familien:

Gibt es

... Eltern- und Familientreffs/Familienzentren?

... Mehrgenerationenhäuser?

... Sonstiges ...?

Familienunterstützende Angebote:

Gibt es

... Kurse zur Familienbildung (etwa Erziehungskurse, Eltern-Kind-Gruppen)?

... familienunterstützende Angebote (zum Beispiel Nachbarschaftshilfe, Familienpflege, Patengroßeltern, Babysitter-Dienst)?

... Angebote der „Frühen Hilfen“ für Familien in besonderen Lebenslagen (Familienhebammen, Familienbesucher)?

... Anbieter für haushaltsnahe Dienstleistungen?

... Angebote für Familien mit körperlich oder geistig beeinträchtigten Familienmitgliedern?



Begleitung und Unterstützung Jugendlicher und ihrer Familienarbeit:

Gibt es

- ... sozialpädagogische Fachkräfte, zum Beispiel Jugendsozialarbeiter?
- ... Sprechstunden des Sozialen Dienstes des Jugendamtes oder der Freien Träger der Jugendhilfe?
- ... niedrigschwellige Zugänge zu Erziehungs- oder psychosozialen Beratungsstellen, Frühförderstellen und zu den Diensten der Jugend- und Gesundheitsämter?

Kinder- und Jugendschutz:

- Unterstützt die Kommune aktiv den Kinder- und Jugendschutz durch
- ... seinen Runden Tisch oder eine Arbeitsgruppe zum Jugendschutz oder Vereinbarungen mit örtlichen Vereinen, Einrichtungen oder Schulen?
- ... gemeinsame Projekte und Präventionsveranstaltungen, zum Beispiel mit Trägern der Jugendarbeit oder eigenem Fachpersonal?
- ... eine gezielte Jugendförderung, zum Beispiel über Fördergelder?

Unterstützungsformen des Ehrenamtes:

Gibt es ehrenamtliche Paten, die Familien unterstützen, zum Beispiel bei der Berufsausbildung, bei der Integration oder in schwierigen Lebenssituationen?



Teilnehmer des Fachtages

Projekt Zusammenleben vor Ort

Die Fragestellung:

Familien möchten sich dort, wo sie leben, zu Hause fühlen. Wie können Lebensqualität und Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort gefördert werden? Dabei sind die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Generationen zu berücksichtigen und nach Wegen zu suchen, wie der Zusammenhalt von Nachbarn in ihrer Unterschiedlichkeit gestärkt werden kann.

Lutz Freudenberg (Bild unten), Mitarbeiter im Projekt „Fabi“ – Familienbildung im Verbund sozialpädagogischer Projekte (VSP), hat zum Fachtag einen sehr lebendigen und aktionsreichen Workshop geleitet. Sein Anspruch war Programm und baute nicht selten auf Interaktion der Workshopteilnehmer auf. „Ich würde mir wünschen, dass künftig noch mehr Elternvertreter an diesen Fachtagungen teilnehmen“, sagte Freudenberg am Rande der Veranstaltung. Kurzum: Mit seinen Workshopteilnehmern, die meisten von ihnen Eltern von Jugendlichen, hat Lutz Freudenberg einen Katalog an Faktoren erstellt, die wichtig für das Zusammenleben sind – im Ort, im Wohngebiet, im Stadtteil.

Der Verbund Sozialpädagogischer Projekte (VSP):

Der VSP e.V. wurde im November 1990 als Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit der Jugendhilfe der DDR von engagierten Frauen und Männern unter dem Namen „Dresdner Kinder- und Famileinhilfe ev“ gegründet.

Mit der Vision der Selbstbestimmung und Gleichwertigkeit aller Menschen, auch und gerade der Kinder und Jugendlichen, gestartet, setzt sich der VSP bis heute für eine Verbesserung ihrer Lebensrealitäten und Verwirklichungschancen ein.



Um Teilhabe und Selbstbestimmung der Kinder, Jugendlichen und deren Familien zu ermöglichen, bedarf es MitarbeiterInnen und Strukturen, die das auch zulassen. Daher arbeitet der VSP selbstverwaltend und basisdemokratisch. Seine Einrichtungen setzen auf Inklusion, Integration und Kooperation. Sie befinden sich somit in kritischer Auseinandersetzung mit der derzeitigen Marktorientierung und der zunehmenden Standardisierung in der Jugendhilfe.

Unter sozialpolitischen Gesichtspunkten und der Einbeziehung sozialräumlicher Kontexte sei es daher notwendig, dass sich Menschen verschiedener Zusammenhänge und Institutionen wie Jugendhilfe, Schule, Kindertagesstätten, Ortsbeiräte, Ämter, lokale Ökonomien und engagierte BürgerInnen zusammen finden und lebenswerte Ideen und Orte miteinander finden, so der VSP.

Für ein Gütesiegel „Familienfreundliche Kommune“ können folgende Fragestellungen vorgeschlagen werden:

Gemeinsame Aktivitäten für Kinder und ihre Eltern:

Gibt es in der Kommune

... Freizeitangebote für Kinder gemeinsam mit ihren Eltern, zum Beispiel auch innerhalb der Ferienprogramme?

... Familienfreizeiten?

... Angebote an Wochenenden und/oder Feiertagen?

... spezifische Angebote für Mütter und Väter?



Im Workshop diskutiert: Einflüsse und Bedürfnisse aus dem unmittelbaren Lebensumfeld

Erlebnis Kultur:

Gibt es

... ein Kino, einen Kinoclub, ein Kinder- Jugend- und/oder Mitmachtheater?



Präsentation der Workshop-Ergebnisse

Unser Fachtag wurde von folgenden Institutionen und Einrichtungen angenommen:

Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.
Bundesagentur für Arbeit Chemnitz
Bürgerbüro Chemnitz
Caritasverband für das Bistum Dresden-Meißen e.V.
Carus Consilium Sachsen GmbH, Dresden
Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e.V., Heidenau
Deutscher Familienverband Landesverband Sachsen e.V.
Familienzentrum – Mehrgenerationenhaus Radebeul
Familienzentrum Tapetenwechsel e.V.
Familien-Mutmach-Tag e.V.
Familienzentrum „Heiderand“, Dresden
Felsenweg-Institut Dresden
Freie Presse Chemnitz
Gemeindeverwaltung Ottendorf-Okrilla
Gemeindeverwaltung Stützengrün
ifo Institut-Leibnitz Institut für Wirtschaftsförderung an der Universität München e.V., Niederlassung Dresden
Landratsamt Görlitz
Kinder-, Jugend- und Familienzentrum Dresden
Landes- und Regionalplanung Dresden
Landeshauptstadt Dresden
Mehrgenerationenhaus Arzberg
Mehrgenerationenhaus Riesa efau
mh Immobilien Dresden
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
Sächsischer Landtag
schoper.schoper Architekten Dresden
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Stadtverwaltung Rodewisch
Stadtverwaltung Auerbach
Stadtverwaltung Chemnitz
Stadtverwaltung Grimma
Stadtverwaltung Lößnitz
Stadtverwaltung Oelsnitz/Erzgebirge
Stadtverwaltung Riesa
Stadtverwaltung Schneeberg
Stadtverwaltung Sebnitz
Stadtverwaltung Strehla
Technische Universität Dresden
Verbund Sozialpädagogischer Projekte e.V.
Werkstatt Familie Hainichen

Der Fachtag

Stabile und wirtschaftlich selbständige Familien sind der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Sie tragen mit den Kindern, die in ihnen heranwachsen, Verantwortung sowohl füreinander als auch für den Fortbestand unserer Gesellschaft. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, benötigen Familien in all ihren Lebenslagen und Altersstufen den besonderen Schutz der Gesellschaft und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben. Dazu bedarf es eines familienfreundlichen Umfelds und zwar vor allem dort, wo Familien leben: vor Ort, in den Kommunen. Wie aber sieht es aus mit der Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen von Familien, wenn es um die wesentlichen Weichenstellungen für morgen geht? Was benötigen Familien, um ihr Leben eigenständig und selbstverantwortlich gestalten zu können? Werden die Belange von Familien auf allen Ebenen öffentlichen Handelns berücksichtigt? Welche Angebote und familienfreundliche Strukturen gibt es also vor Ort und wo besteht noch Entwicklungsbedarf?

Diese und weitere Fragen wurden im Rahmen des Fachtags „Familien im Zentrum – Familienfreundliche Kommune“ unter der Leitung des Wirtschaftsjournalisten Ulrich Hübler mit dem Ziel erörtert, die Ergebnisse in Form einer späteren Handreichung nutzbar zu machen, um damit das Bewusstsein für die vielfältigen Belange der Familien zu schärfen und kommunale Entscheidungsträger dafür zu sensibilisieren, wie diese stärker in die öffentliche Diskussion eingebracht und in konkretes Handeln umgesetzt werden können. „Die DNA für familienfreundliche Kommunen in Sachsen schreiben“, brachte Ulrich Hübler das Ziel des Fachtages treffend auf den Punkt. Die erste Veranstaltung dieser Art in Sachsen wurde in enger Kooperation zwischen dem Deutschen Familienverband Landesverband Sachsen e.V. und dem Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. durchgeführt. Nach der Begrüßung durch Beatrix Schnoor, der Landesvorsitzenden des sächsischen Familienverbandes und der Verlesung eines Grußwortes der Ministerin Barbara Klepsch durch Herrn Schnabel vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz bildete der Vortrag des Politikwissenschaftlers Professor Dr. Werner Patzelt von der TU Dresden zum Thema „Zukunft – Verantwortung – Partizipation. Familien im Blickfeld kommunalpolitischen Handelns“ den Auftakt der Veranstaltung.



Die Themen wurden in Workshops (hier: Zusammenleben vor Ort) erarbeitet.

„Familien im Zentrum? Schön wär’s!“ begann Professor Patzelt seine Ausführungen, in deren Verlauf er einen Bogen spannte von dem, was Familie früher ausmachte (Kinder als Selbstverständlichkeit und Lebensglück, Einübung von Gemeinsinn und Übernahme von Verantwortung innerhalb der Familie) und wie sie heute erlebt und bewertet wird (Kinder als Armutsrisiko, zunehmend Kinderlosigkeit aufgrund eines ausgeprägten Individualismus, Schmähung der Familie als „traditionell“ und „rückständig“). Für diese Entwicklung fand er klare Worte: Heute werde in Deutschland der Nutzen von Kindern vergesellschaftet, ihre Kosten aber privatisiert, wir verdrängten unsere seit langem bekannte demografische Entwicklung, reduzierten Kinder auf potentielle Arbeitnehmer und Konsumenten und setzten falsche Prioritäten. Zum Interessenausgleich innerhalb unserer „unterjüngten Gesellschaft“ forderte Professor Patzelt am Ende seines brillanten Vortrags die Einführung eines „höchstpersönlichen Elternwahlrechts zugunsten nicht wahlberechtigter Kinder“. Diese Forderung stieß auf große Zustimmung, wobei ihrer Umsetzung allerdings wenig Chancen eingeräumt wurde.

Der Nachmittag war der Vertiefung des Themas „Familienfreundliche Kommune“ gewidmet. Zu den Schwerpunktthemen Wohnen, Verkehr, Verwaltung, Familienarbeit/Kultur/Freizeit und Zusammenleben vor Ort fanden sich die Teilnehmer in fünf Arbeitskreisen zusammen. Beginnend mit dem Arbeitskreis „Zusammenleben vor Ort“ (Leitung: Lutz Freudenberg, VSP Prohlis) wurden die Ergebnisse im Anschluss an die Gruppenarbeit im Plenum vorgestellt. Anhand des Bildes von der „Spinne im Netz“ wurde sehr anschaulich ausgeführt, dass es insbesondere eines Raums – im eigentlichen wie im übertragenen Sinne – bedarf, in welchem bürgerschaftliches Engagement gefördert wird und gedeihen kann. Nachbarschaftshilfe, Feuerwehr, Vereinsarbeit, Volkssolidarität, Elternrat wurden als Beispiele dafür genannt, wo man ansetzen sollte. Hier – wie auch in den übrigen Arbeitskreisen – spielte der Aspekt der Vernetzung eine wesentliche Rolle. Der Fragestellung „Was macht den Sozialraum familienfreundlich?“ gingen die Teilnehmer des Arbeitskreises „Familienarbeit/Kultur/Freizeit“ (Leitung: Günter Refle vom Felsenweginstitut) nach. Als besonders wichtig erachtet wurde, dass es Kontinuität bei den Ansprechpartnern und Angeboten sowie ein Zentrum zur Bündelung der verschiedenen An-



Beatrix Schnoor, Vorsitzende Deutscher Familienverband, Landesverband Sachsen e.V.

gebote geben muss. Diese müssten niederschwellig angesiedelt sein und dienten auch zum Aufbau von verlässlichen und stabilen Beziehungen.

Eine Forderung lautete, dass die Verwaltung von ihrem Denken in Zuständigkeiten abrücken und ressortübergreifend denken sowie Familie in Lebensphasen begreifen müsse. Ähnliche Erkenntnisse förderten die Ergebnisse des Arbeitskreises „Verwaltung“ (Leitung: Antje Hermenau) zutage, wobei hier das Prinzip der Subsidiarität sowie die „dienende Funktion“ der Verwaltung und eine auf Landkreis- und Kommunalebene notwendige Zusammenarbeit betont wurden. Bürgernähe und die Einrichtung von mobilen Verwaltungseinheiten wurden ebenso als mögliche Ansätze vor Ort genannt, wie die Stärkung des Ehrenamts (Abbau von Bürokratie) und die Unterstützung von Eigeninitiative („Hilfe zur Selbsthilfe“, Suche nach dem „Kopf“ einer Idee und dessen Förderung). Wichtig sei es, Prioritäten zu setzen, sich auf die Kontinuität von Maßnahmen anstatt auf deren Vielfalt zu konzentrieren, bereits bewährte Konzepte als Vorbild zu nehmen und die Entscheidungsfähigkeit vor Ort sicherzustellen. Unter Einbeziehung der Eckpunkte des sächsischen Landesentwicklungsplans (2013) befassten sich die Teilnehmer des Arbeitskreises „Verkehr“ (Leitung: Prof. Dr. Wolf-Uwe Sponer vom Sächsischen Staatsministerium des Innern) schwerpunktmäßig mit den Themen Mobilität und ÖPNV. Unter Einbeziehung der jeweiligen Erfordernisse von unterschiedlich großen Verwaltungseinheiten (Ballungsraum/Stadt vs. Ländlicher Raum) ging es konkret um Punkte wie einen für Familien bezahlbaren ÖPNV mit attraktiven Taktzeiten, um sichere bzw. barrierefreie Geh- und Radwege, aber auch um die Suche nach kreativen Lösungen für kleine Kommunen, wie die Überlegung, dass sich benachbarte Gemeinden zur gemeinschaftlichen Finanzierung flexibler Verkehrssysteme zusammenschließen könnten (Ruf- oder Sammeltaxi bzw. Kleinbus auch außerhalb der Stoßzeiten, „Mitfahrerbank“). Im Arbeitskreis „Wohnen“ (Leitung: Dr. Tom Schoper, Lehrstuhl Architektur, Technische Universität Dresden) schließlich behandelte man die unterschiedlichen Anforderungen an modernes Wohnen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels (Alterung der Gesellschaft) und der Entstehung von neuen Familienformen (Patchwork-Familien). Um diesen Entwicklungen



Professor Dr. Werner Patzelt (Technische Universität Dresden, Institut für Politikwissenschaften)

Rechnung zu tragen, bedarf es vor allem der flexiblen Gestaltung von Wohnraum (Neutralität der Nutzung, Barrierefreiheit). Die vielfältigen Probleme, die sich vielerorts z.B. durch strikte Bauvorschriften, ein hohes Baukostenniveau und die hohen Energiesparstandards ergeben, sollten als Herausforderung begriffen, überdacht und innerhalb der Verwaltung als Impulse aufgenommen werden.

Der Fachtag endete in Aufbruchstimmung und mit der Gewissheit, dass es höchste Zeit ist, Familienfreundlichkeit als Leitprinzip kommunalpolitischen Handels zu verankern, denn die Zukunft unseres Landes hängt von den Familien und den in ihnen aufwachsenden Kindern ab.



Viele Fragen nach dem Impulsvortrag von Prof. Dr. Werner Patzelt.



Professor Dr. Werner Patzelt plädiert für ein Familienwahlrecht: MdL Peter Patt (CDU) fragt nach.

Workshop – Wohnen

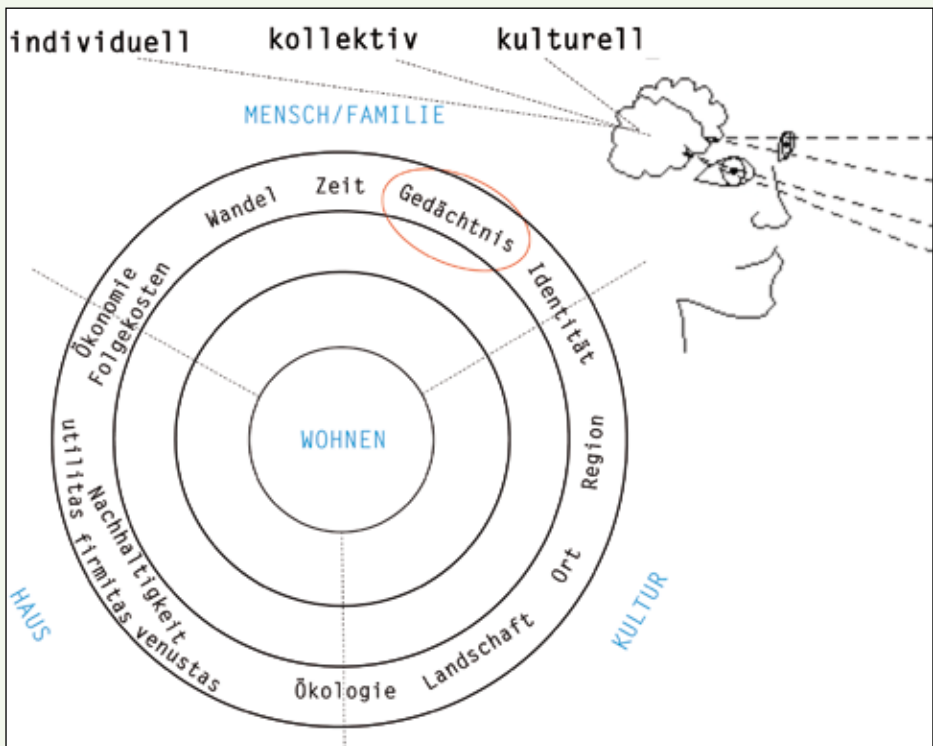
Dr. Ing. Tom Schoper, Architekt
Dipl. Ing. Louisa Schöneich, Landschaftsarchitektin
Dipl. Ing. Patrick Hesse, Architekt

Wohnen = wunian (got.) = «bleiben, sich aufhalten»

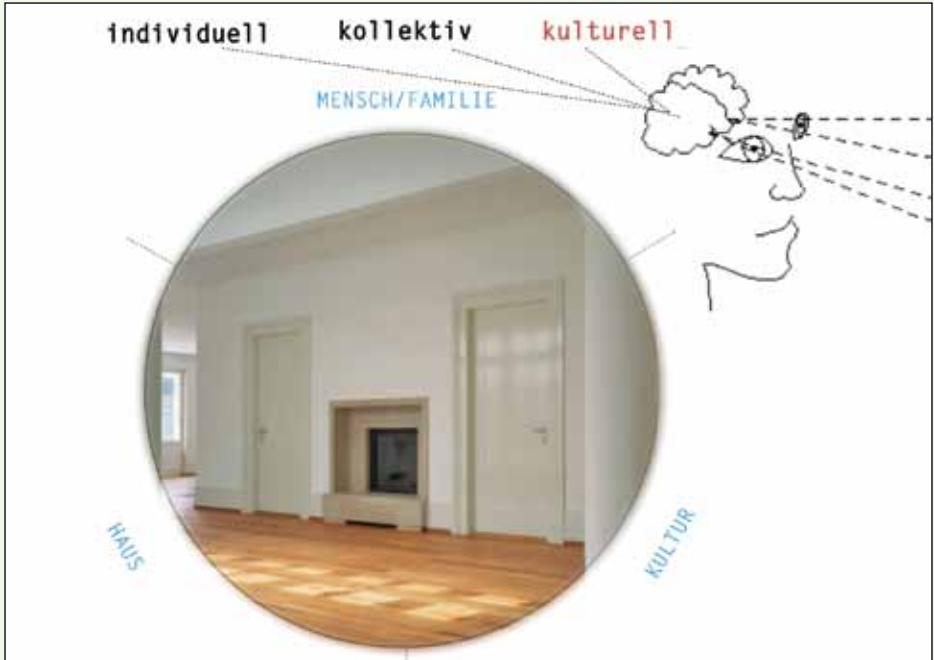
zudem: «zufrieden sein, zum Frieden gebracht»

Friede = das Freye = bewahrt vor...= «geschont»

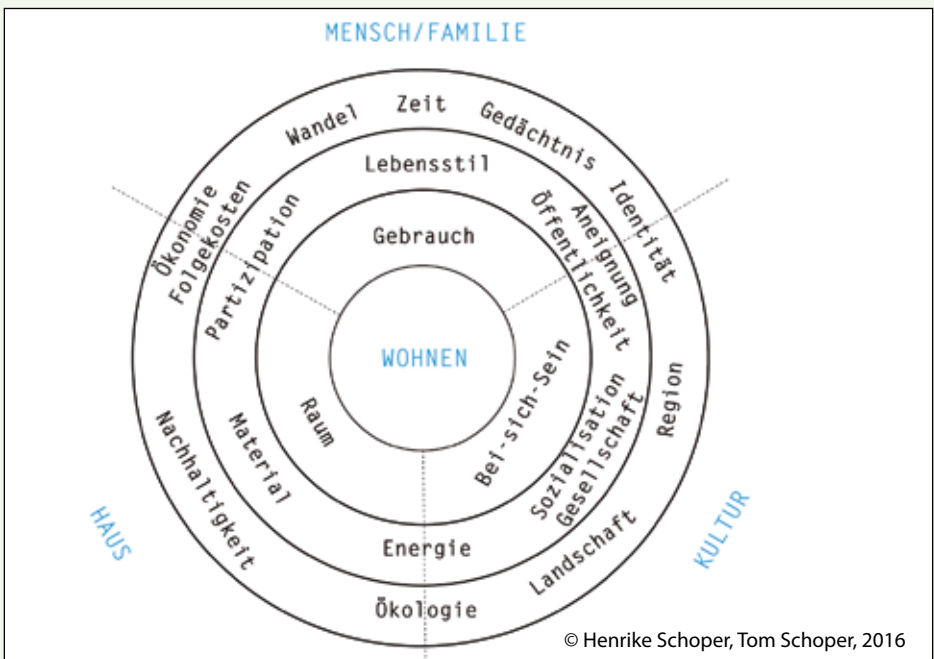
«Der Grundzug des Wohnens ist dieses Schonen [...] im Sinne des Aufenthaltes der Sterblichen auf der Erde.» (S.143)



Gaston Bachelard: das Haus als Ursprungsort und Projektionsraum „für die Gedanken, Erinnerungen und Träume des Menschen.“ (Die Poetik des Raumes, 1975, S.38)

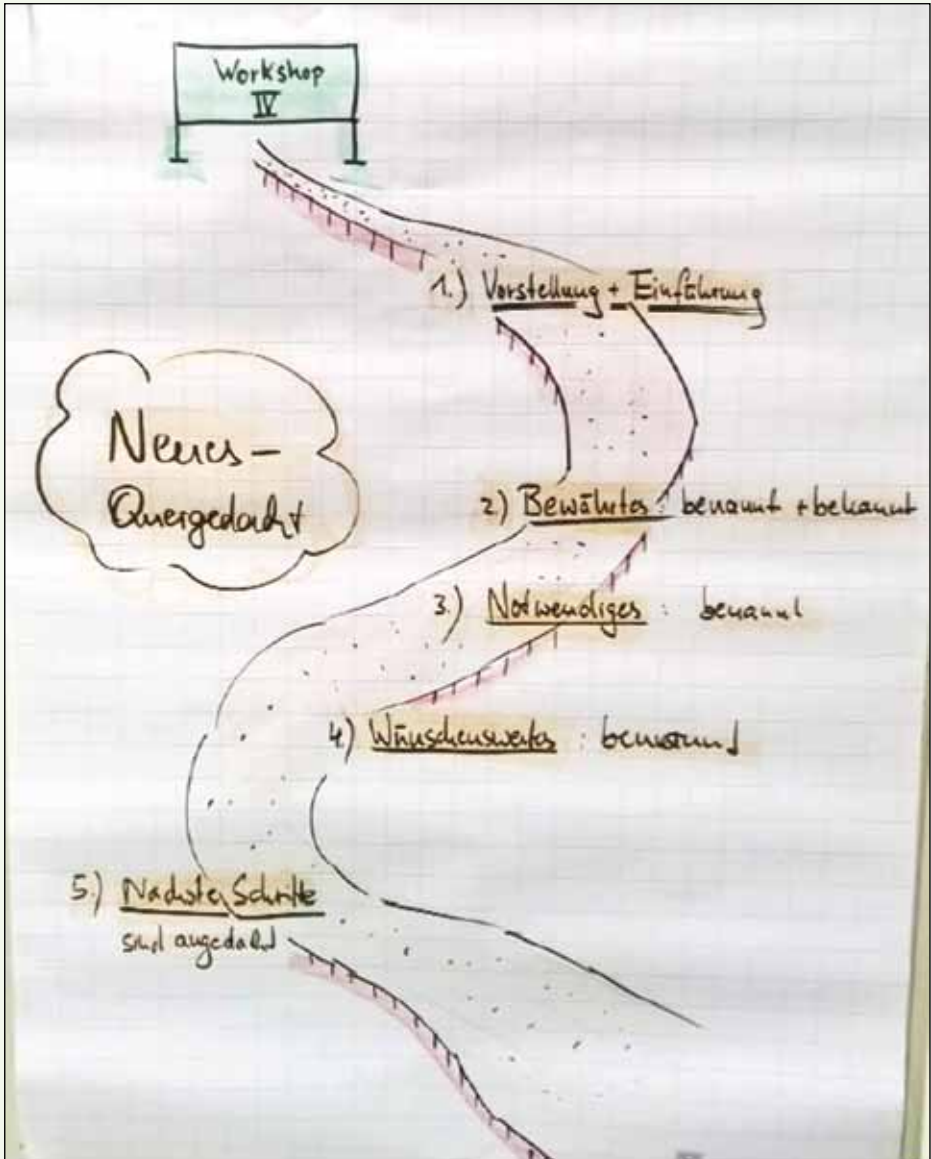


Gaston Bachelard: das Haus als Ursprungsort und Projektionsraum „für die Gedanken, Erinnerungen und Träume des Menschen.“ (Die Poetik des Raumes, 1975, S.38)

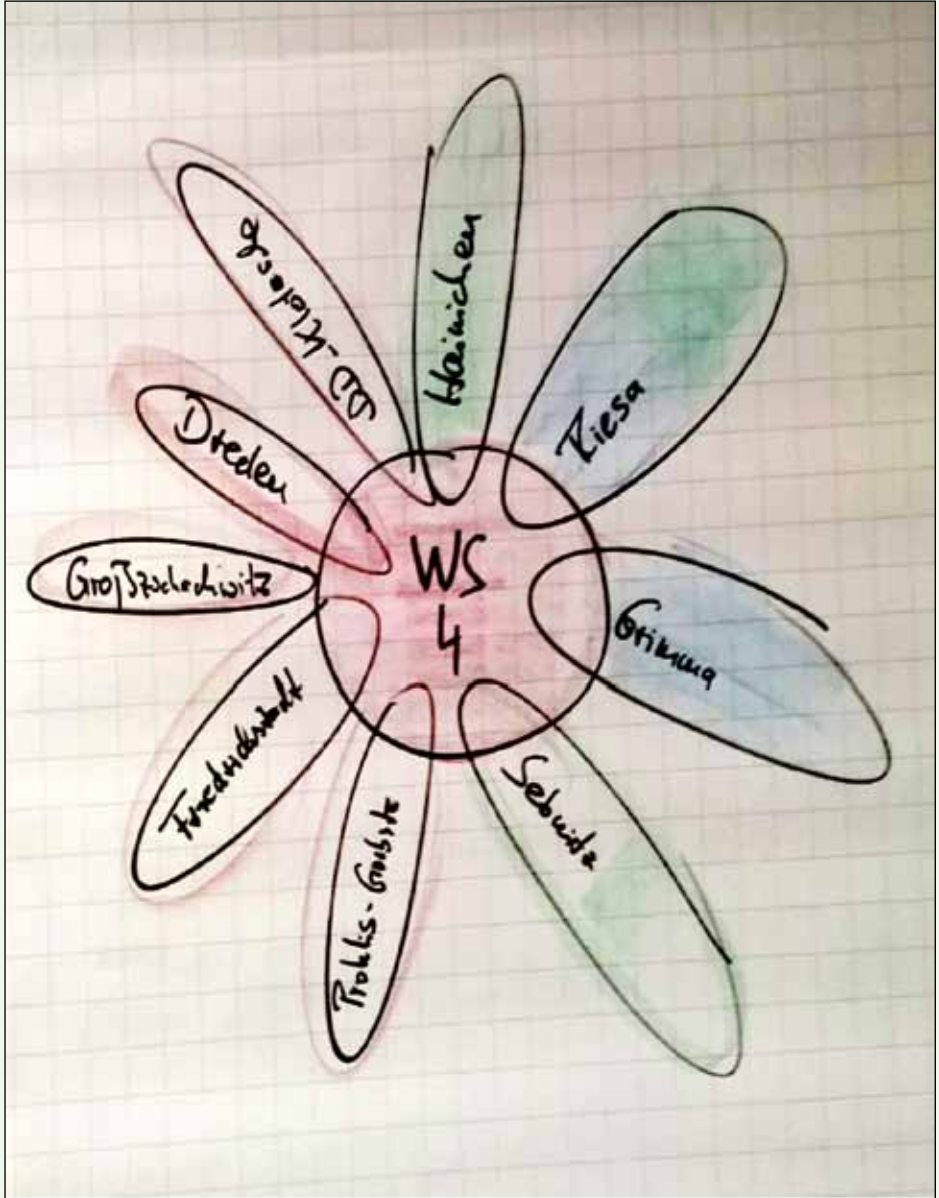


© Henrike Schoper, Tom Schoper, 2016

Schrittfolge



Von hier kommen wir ...



Bewährtes...

Bewährtes:

Stadtlehrer

(1) wer lebt bei uns bzw. wird bei
uns leben → uns dafür vorbereiten!

⇒ gute Analyse + Strategie

(2) - Erreichbarkeit

- Kontinuität

- pers. + finanz. Ressourcen (schwerge ok investive Maßnahmen)

Wohnungsbau

→ Vernetzung der Träger
mit Jugendamt d. Landkreises!

(3) Sportvereine

Landkreise notwendig

(4) Kitas + Grundschulen, medizin. Versorgung

(5) Räume für Familien

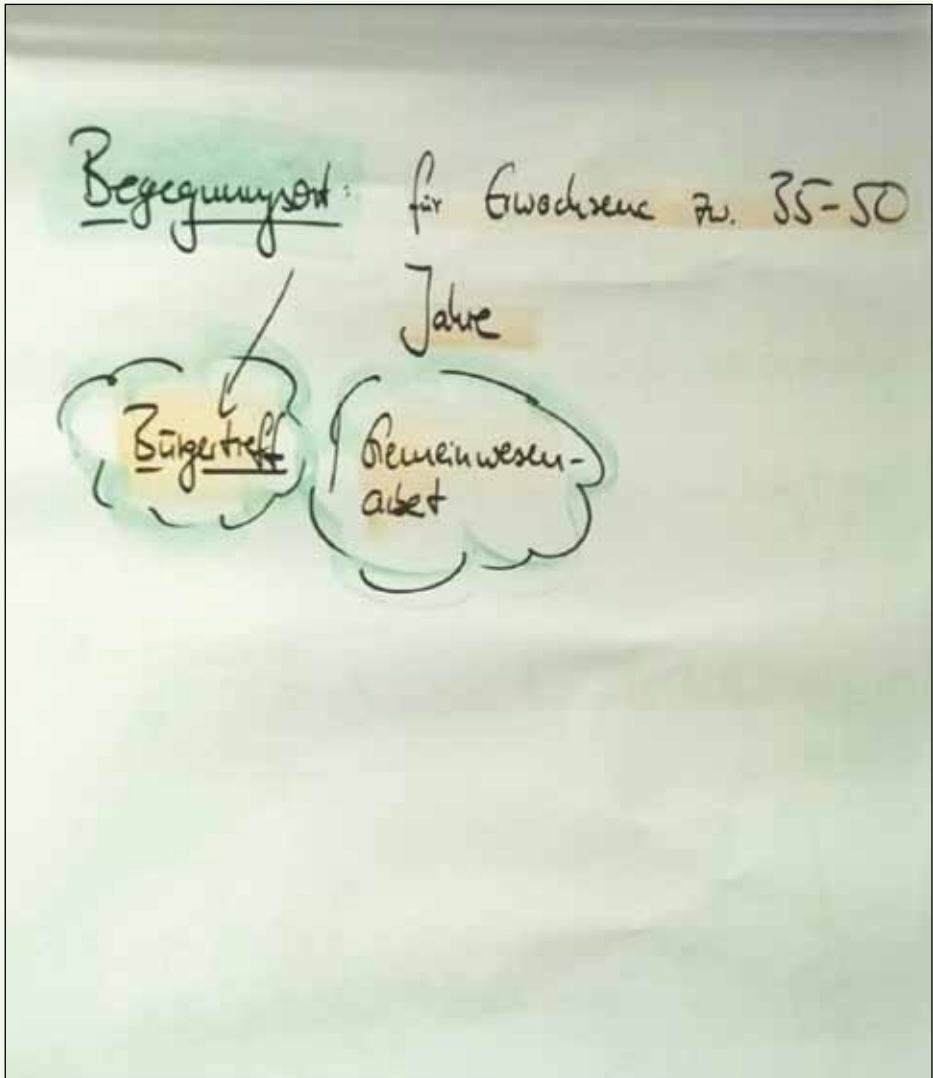
↳ kostenneutral zur Verfügung stellen

↳ multifunktionale Nutzung!

(6) Trägerpflicht

↳ Versicherungsfähig??!

Bewährtes...



Bewährtes...

* arbeiten ohne genehmigten Austausch ?!

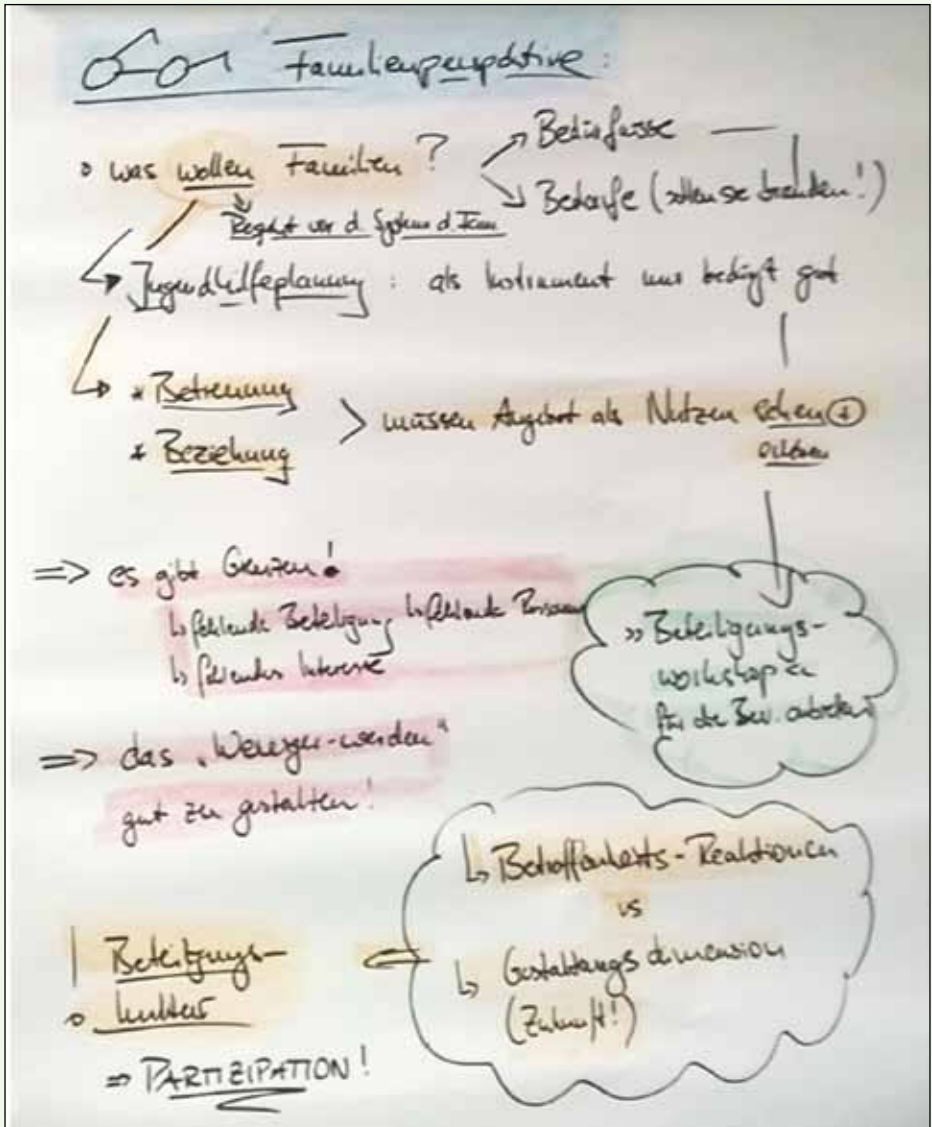
* sektorübergreifendes Arbeiten ist ver-
waltungstechn. eine Herausforderung!

→ Kultur, Sozial - + Jugendamt

↳ im ländl. Raum einfacher

↳ es muss in der Kommune bleiben

Notwendiges



Familien im Zentrum – Auf dem Weg zur familien- freundlichen Kommune

Familienfreundliche Kommune

Ein Projekt des
Deutschen Familienverbandes LV Sachsen e.V.

Modellprojekt 2017

des Deutschen Familienverbands
Landesverband Sachsen e.V. (DFV)
in Kooperation mit dem
Bildungswerk Kommunalpolitik
Sachsen e.V. (BKS)

in zwei ausgewählten sächsischen Kommunen

Der Deutsche Familienverband Landesverband Sachsen e.V. möchte 2017 in zwei Kommunen mit den jeweiligen Verantwortlichen und Akteuren erarbeiten, wie Familienfreundlichkeit vor Ort aussehen kann. Dieses Modellprojekt wird vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz gefördert. Wir freuen uns auch über die Kooperation mit dem Bildungswerk Kommunalpolitik Sachsen e.V.

Was ist geplant?

Auftaktveranstaltung vor Ort

In der ersten Septemberwoche wird es eine Veranstaltung in Ihrer Kommune geben, die den Auftakt zu der Arbeit vor Ort bildet und mit einem Impulsreferat eingeleitet wird (Referentin: Antje Hermenau).

Umsetzungsprozess vor Ort

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung werden in Arbeitsgruppen der jeweiligen Kommune anhand des „Leitfadens zur Weiterarbeit vor Ort“ Vorschläge erarbeitet und deren Umsetzung vorbereitet.

Abschlussveranstaltung am 30.11.2017 in Dresden

In einer gemeinsamen öffentlichen Abschlussveranstaltung in Dresden sollen dann die Ergebnisse des Prozesses in Ihrer Kommune vorgestellt und Erfahrungen ausgetauscht werden.

Familienfreundlichkeit ist auch Ihr Thema? Bitte bewerben Sie sich um eine Teilnahme an unserem Modellprojekt 2017.

Bitte beachten Sie auch:

LEITFADEN

zur Weiterarbeit vor Ort

Bildung ■ Kompetenz ■ Service



Familien im Zentrum

– Familienfreundliche Kommune –

Ergebnisse des Fachtages 2016

durchgeführt vom
Deutschen Familienverband
Landesverband Sachsen e.V.
in Zusammenarbeit mit dem
Bildungswerk für Kommunalpolitik
Sachsen e.V.



Deutscher
Familienverband

BKS

Bildungswerk für
Kommunalpolitik
Sachsen e.V.

Notizen:

